

AUS DER RECHTSPRECHUNG DES EGMR

ESTLAND

*Liivik*¹

Im vorliegenden Verfahren hatte sich der EGMR mit einem noch aus sowjetischer Zeit stammenden Straftatbestand auseinandersetzen, der dem ehemaligen Chef der estnischen Privatisierungsagentur *Jaak Liivik* zur Last gelegt worden war. In Estland ist das Eisenbahnnetz nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit privatisiert worden. Die ehemalige sowjetische Staatsbahn wurde auf zwei Unternehmen – *Ede-laraudtee* (nationaler Personenverkehr) und *Eesti Raudtee* (Güterverkehr und Schienennetz) aufgeteilt und anschließend an private Investorengruppen veräußert. Um die Vorgänge im Rahmen der Privatisierung von *Eesti Raudtee*, ER (Estnische Eisenbahn) ging es in dem Strafverfahren, das dem Verfahren vor dem EGMR zugrunde lag. Der Beschwerdeführer hatte 2001 wenige Monate nach Veräußerung von 66 Prozent der ER-Aktien an die Investorengruppe *Baltic Rail Service* (BRS)² in seiner Funktion als Leiter der Privatisierungsagentur Bürgschaften hinsichtlich noch nicht geklärter Verbindlichkeiten der Bahn übernommen. Wegen dieser Vorgänge war er 2004, nachdem die Staatsanwaltschaft zunächst keine Straftat erkennen konnte, auf Drängen des Rechnungshofs dann aber doch ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und Anklage erhoben hatte, vom Stadtgericht Tallinn unter dem Vorwurf des vorsätzlichen Missbrauchs einer amtlichen Stellung gemäß Art. 161 des Strafgesetzbuchs von 1961 zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden.

¹ Urteil vom 25.6.2009, App. no. 12157/05.

² 2007 wurden die Aktien allerdings nach langwierigem Rechtsstreit mit BRS vom Staat zurückgekauft, womit sich das Aktienkapital von *Eesti Raudtee* heute wiederum in der Hand des Staates befindet.

Nach Art. 161 StGB 1961 war vorsätzlicher Amtsmissbrauch zu sanktionieren, „wenn hierdurch gesetzlich geschützten Rechten oder Interessen einer Person, eines Unternehmens, einer Einrichtung oder einer Organisation oder den Interessen des Staates ein erheblicher Schaden zugefügt wird“. Unstrittig war ein Schaden des estnischen Staates jedoch nicht entstanden und konnte nach Einlassung des Beschwerdeführers nach April 2004 auch gar nicht mehr entstehen, da die Ansprüche mit Ablauf von drei Jahren ab Vertragsschluss erloschen. Als erheblicher Schaden wurde jedoch von den nationalen Gerichten unter Hinweis auf die frühere Rechtsprechung des estnischen Obersten Gerichts das vom Antragsteller gesetzte Schadensrisiko, die Gefährdung der Beteiligung des Staates, angesehen. Dass sich dieses Risiko gar nicht realisiert hat, spiele demgegenüber keine Rolle. Zudem sei ein erheblicher immaterieller Schaden an den nationalen Interessen entstanden, denn als hoher Staatsbeamter habe der Beschwerdeführer zu Zweifeln an der Rechtmäßigkeit und Glaubwürdigkeit der Aktivitäten der Privatisierungsagentur als staatliche Einrichtung Anlass gegeben sowie die Autorität des Staates in der Gesellschaft und die Reputation des Staates als Vertragspartner im Ausland beeinträchtigt.

Rechtsmittel des Beschwerdeführers gegen das Urteil des Tallinner Stadtgerichts vor den nationalen Gerichten hatten keinen Erfolg. Zwar sind der in Rede stehende Tatbestand und die vergleichbare Bestimmung des neuen StGB als zu weit und unbestimmt und daher nicht mit dem Bestimmtheitsgrundsatz und dem Grundsatz *nulla poena sine lege* vereinbar in Parlament und Rechtsprechung unter Kritik geraten – zunehmend aber wohl erst nach Verurteilung des Beschwerdeführers. In das neue, am 1. September 2002 in Kraft getretene, StGB wurde dieser Tatbestand aber noch mit nur relativ geringfügigen Änderungen übernommen (§ 289 StGB

2002). Der weiten Auslegung des Schadensbegriffs in der Rechtsprechung zu Art. 161 StGB 1961, die bereits ein Schadensrisiko und einen immateriellen Schaden für eine Verurteilung ausreichen ließ, konnte mit dem Erfordernis, wonach der Amtsmisbrauch nunmehr „ungesetzlich“ sein musste, kaum begegnet werden. 2007 wurde der Straftatbestand jedoch ersatzlos gestrichen.

Der EGMR hat nun ebenfalls den Kritikern Recht gegeben und im vorliegenden Fall einen Verstoß gegen Art. 7 EMRK bejaht. Die Beachtung des *nulla-poena-sine-lege*-Grundsatzes des Art. 7 EMRK setze Zugänglichkeit und Voraussehbarkeit voraus. Der Einzelne müsse aus dem Wortlaut – ggf. unterstützt durch die Auslegung durch die Gerichte – erkennen können, welche Handlung strafbar und welche Strafe zu erwarten sei. Dass bereits die bloße Schaffung des Risikos den Schadensbegriff erfülle, sei dem Wortlaut der Norm jedoch nicht zu entnehmen. Auch der angenommene moralische Schaden für die nationalen Interessen sei keines Beweises zugänglich und letztlich ein nachträgliches Ermessensurteil des Richters. Zwar habe sich das Oberste Gericht in seiner Entscheidung von 2000 bemüht, Kriterien für die Annahme eines „normalen, erheblichen oder großen“ Schadens aufzustellen; aber auch nach diesen Kriterien habe der Beschwerdeführer nicht voraussehen können, dass er sich strafbar mache. Der Gebrauch derart weiter Begriffe und vager Kriterien bei Anwendung des Art. 161 StGB 1961 sei aber mit der EMRK nicht in Einklang zu bringen.

*Kochetkov*³

Im vorliegenden Verfahren ging es erneut um die Zustände in einem sog. Arresthaus, in dem der Beschwerdeführer im Jahr 2005 14 Tage Untersuchungshaft verbracht hatte. Der Aufenthalt in den beiden überbelegten Zellen wurde als unmensch-

liche und erniedrigende Behandlung im Sinne des Art. 3 EMRK qualifiziert.

Dass die Unterbringung nicht den Rechtsvorschriften entsprach, hat auch das Verwaltungsgericht Jõhvi festgestellt, vor dem der Beschwerdeführer auf Schadenersatz geklagt hat. Da ein Gesundheitsschaden nicht nachgewiesen und ein Anspruch auf Ersatz des immateriellen Schadens mangels Schädigungsabsicht des Gefängnispersonals nicht bestehe, wurde die Klage aber abgewiesen. Ein Ersatz des immateriellen Schadens setze vielmehr nach dem Staatshaftungsgesetz voraus, dass die Wärter den Insassen bewusst in die unmenschliche Lage versetzt oder vorsätzlich gefoltert oder erniedrigt haben. Diesen Einwand ließ der EGMR indes – wie auch den Einwand des nur relativ kurzen Aufenthalts im Arresthaus, womit die für Art. 3 erforderliche Schwere nicht erreicht sei – nicht gelten. Schon die erhebliche Überbelegung begründe einen Verstoß gegen Art. 3 EMRK. Auf die Dauer der Unterbringung komme es hingegen nicht an; diese sei lediglich bei Festlegung der Höhe der Entschädigung gemäß Art. 41 EMRK zu berücksichtigen.

Im Fall der Verletzung von Art. 3 EMRK umfasst laut EGMR das Recht auf wirksame Beschwerde des Art. 13 EMRK auch die Möglichkeit des Betroffenen, Schadenersatz zu erhalten. Mit dem Erfordernis der bösen Absicht hätten sich die nationalen Gerichte aber selbst in eine Lage versetzt, in der sie nicht mehr in der Lage seien, ein wirksames Rechtsmittel zu gewähren. Diese Auslegung des Staatshaftungsgesetzes sei jedoch zu eng und mit Art. 13 EMRK nicht mehr zu vereinbaren. Hieran ändere auch nichts, dass in vergleichbaren Fällen im Anschluss an das Urteil *Alver v. Estonia*⁴ Schadenersatz zugesprochen wurde; denn im vorliegenden Fall sei dies nicht geschehen.

Carmen Schmidt

³ Urteil vom 2.7.2009, App. no. 41653/05.

⁴ Urteil vom 8.11.2005, siehe Osteuropa-Recht 2007, S. 135, 136.